

Pressemitteilung
07.03.2012

101 Jahre Weltfrauentag

Von Fadime Tuncer

Jedes Jahr am 8. März findet der Internationale Frauentag statt. Und das bereits seit 101 Jahren. An diesem Tag wird benachteiligter Frauen und Kinder gedacht und weiterhin für die Gleichberechtigung von Frauen gekämpft.

Fadime Tuncer, die Kreisvorsitzende der Bergsträßer Grünen, betrachtet diesen Tag von zwei verschiedenen Seiten. Einerseits, so erklärte sie, sollte man diesen Tag feiern, denn vieles ist in Hinblick auf die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen schon mit großer Anstrengung auf den Weg gebracht worden. Andererseits solle man aber besonders an diesem Tag die immer noch bestehenden Defizite und Ungerechtigkeiten aufzeigen, wie beispielsweise die ungleiche Bezahlung: Noch immer verdienen Frauen weniger bei gleicher Arbeit und Leistung und noch immer gibt es keine Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt. Die gesundheitliche Versorgung oder Diskriminierung und Gewalt sind immer noch Themen, die längst nicht beseitigt sind.

„Es ist sehr wichtig, dass Frauen die Chance erhalten, einen Beruf auszuüben“, betonte die Kreisvorsitzende. Der Ausbau der Infrastruktur für Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung seien daher zentrale Aufgaben ihrer politischen Arbeit. Für diesen Bereich wurden auf Wahlkreisebene nun 4,1 Millionen Euro mehr investiert. Für viele Frauen sei es noch immer ein großer Kraftakt, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. „Um hier Entlastung zu schaffen, brauchen wir gute und vielfältige Betreuungsangebote. Nach wie vor fehlen Krippenplätze, Ganztagsangebote im Bereich der frühkindlichen Bildung und verlässliche Ganztagschulen“, erläuterte Tuncer. Ohne diese notwendigen Rahmenbedingungen sei an eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf jedoch nicht zu denken. Und somit auch nicht an eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt. „Eine gute Familienpolitik ist so ausgerichtet, dass sie Frauen die Möglichkeit der Selbstentfaltung auf dem Arbeitsmarkt gibt“, erklärte sie weiter. Gerade alleinerziehende Frauen seien auf Betreuungsplätze angewiesen, um nicht in Hartz IV zu landen. Das von der CSU gewollte und geplante Betreuungsgeld lehne sie entschieden ab, denn es sei der falsche Weg. Demnach soll es für Eltern von Kindern im Krippenalter ab 2013 monatlich zunächst 100 Euro und später 150 Euro geben, wenn das Kind zu Hause betreut wird. „So verhindert das Betreuungsgeld die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit von Frauen und versperrt dem Nachwuchs die Chance frühkindliche Bildung zu erhalten“, begründete Tuncer ihre Ablehnung.

Nötig seien daher gesetzliche Regelungen, die es Frauen und Männern ermöglichen, sich Erwerbsarbeit und Familienaufgaben gerecht zu teilen. Dazu gehöre auch die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern durch ein effektives Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und ein Entgeltgleichheitsgesetz, damit die finanzielle Absicherung auch über die erste Phase der Familiengründung hinaus gelingen könne. „Gleichzeitig brauchen wir verlässliche Regelungen für eine flexible Einteilung der Arbeitszeit und sinnvolle Konzepte zur Teilzeitarbeit in den Unternehmen“, sagte Tuncer abschließend.